



## Die "Bildungsrepublik"- 2 Stunden heiße Luft

Presseerklärung zum "Bildungsgipfel" am 22.10.08

Eine „Bildungsrepublik“ wollen Kanzlerin und Bildungsministerin - Bildung also als „Schlüsselthema“ für den „Standort Deutschland“. Daher haben sie heute 2 (in Worten: zwei! - Stunden lang mit Bildungspolitikern von Ländern und Interessensverbänden "intensivst" die bekannten Bildungsprobleme diskutiert, Lösungen gefunden und diese in einer 11-seitigen „Dresdener Erklärung“ der staunenden Öffentlichkeit präsentiert.

Ziel ist laut Kanzlerin die Verzahnung aller Bildungsstufen vom Kindergarten bis zur Hochschule. Dafür sollen die öffentlichen Ausgaben für Forschung bis 2015 - also in 7 Jahren - um 3% und die für Bildung um 7% steigern. Für den steilen Weg zur Bildungsrepublik wird also eine Ausgabensteigerung von einem läppischen Prozentpunkt pro Jahr vorgesehen.

Damit würde Deutschland nächstes Jahr gerade mal den OECD-Durchschnitt erreichen - vorausgesetzt, die anderen Staaten beließen ihre Bildungsausgaben beim Status quo - so wie bislang bei uns: Heute liegen die deutschen Bildungsausgaben 2% unter dem Stand von 1980, also dem von vor 28 Jahren! Da zudem der Streit darum geht, wer die Finanzierung aufbringen soll, ist zu befürchten, dass nicht einmal diese mickrige Ein-Prozent-Steigerung der Bildungsausgaben zustande kommt. Die Diskussion um mehr Steuermittel für die Bildung lehnt Frau Schavan kategorisch ab: Dies sei ein Bildungs-, kein Finanzgipfel, man solle sich um gemeinsame Inhalte und Wege des Bildungssystems verständigen.

Die Forschung wird es wohl schaffen, schließlich werden schon jetzt die erlesenen „Exzellenz-Universitäten“ mit ihren Forschungsvorhaben recht großzügig finanziert. Trotzdem und trotz der in den meisten Bundesländern inzwischen etablierten Studiengebühren haben sich für 90% der Studierenden in Deutschland die Studienbedingungen verschlechtert. Frau Schavan aber sieht - entgegen einer in ihrem eigenen Haus entwickelten, bislang aber offiziell zurückgehaltenen Studie - keinen Zusammenhang zwischen Studiengebühren, schlechten Studienbedingungen und dem Rückgang derer, die ein Studium beginnen. Wie da der vollmundig propagierte Anstieg der HochschulabsolventInnen auf 40% eines Jahrgangs erreicht werden soll, bleibt das Rätsel der Ministerin - zumal die KfW aktuell die Verteuerung der Studienkredite um 3% angekündigt hat - irgendwie müssen ja die an Bankrotteur Lehmann verschenkten 300 Millionen Euro wieder hereinkommen.

Noch erheblich drastischer stellt sich die Unterfinanzierung des deutschen Bildungswesens in den Bereichen dar, die von der größten Anzahl von Kindern durchlaufen werden: im Primarbereich und im nicht-gymnasialen Sekundar-I-Bereich, d.h. Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, mit immerhin 2/3 aller Kinder, ist die Unterfinanzierung noch dramatischer. Wenn hier nur annähernd der OECD-Durchschnitt erreicht werden sollte, wären noch weitaus größere Anstrengungen vonnöten.

Hinzu kommt die schon vor 40 Jahren erkannte und seit den ersten Pisa-Studien vor 6 Jahren wieder zunehmend thematisierte rigide und frühe soziale Bildungsselektion durch das 4-gliedrige Schulsystem. Durch diese Grundstruktur des Bildungswesens wird bekanntermaßen dem größten Teil sozial benachteiligter und migrationsgeprägter Kinder der Weg zu solider Bildung und zu gesicherten Berufen verbaut. An dieser Struktur soll nach dem Willen der auf dem Bildungsgipfel repräsentierten herrschenden Bildungspolitik auch nicht grundsätzlich gerüttelt werden. Die VerfechterInnen einer integrierten Schule für alle vom 1. bis zum 10. Schuljahr werden weiterhin als IdeologInnen diffamiert.

Allerdings wird nicht mehr einfach am traditionalistischen 4-gliedrigen Schulsystem festgehalten, sondern Teile von CDU und FDP geben als modernes Bildungssystem ein 3-gliedriges System aus, das sogenannte 2-Säulenmodell: mit der Zusammenlegung von Haupt-, Real-, und Gesamtschulen als einer Säule, dem (das) Gymnasium als der (die) anderen und dann noch irgendwie mit den nicht für erwähnenswert befundenen Förderschulen (früher hießen sie Hilfs- und Sonderschulen). Diesem Sy-

stem stimmten in Hamburg die GRÜNEN zu, in NRW sind Teile der SPD und auch der GEW dieser Idee als erstem Schritt zum Ziel Bildungsgleichheit für alle nicht abgeneigt.

Dagegen sieht der attac-ak bildung&erziehung köln im Zwei-Säulen-Modell eine Verfestigung, wenn nicht sogar eine Verschärfung der Bildungsselektion. Denn dieses System läuft auf eine „Volksschule“ für 2/3 der Kinder und Jugendlichen und ein Gymnasium für das restliche Drittel hinaus, wobei heute noch nicht einmal dieses eine Drittel das Abitur erreicht. Ohne eine „Schule für alle“ und eine gute steuerfinanzierte Ausstattung der verschiedenen Stufen des Bildungssystem wird es nichts mit der „Bildungsrepublik“!

Dies gleiche gilt für die dringend notwendige massive Ausweitung und Ausstattung der frühkindlichen Erziehung in Kindertagesstätten, besonders auch mit - gut ausgebildetem und bezahltem - Personal. De facto aber soll die propagierte Ausweitung der frühkindlichen Erziehung zu einem großen Teil mit Hilfe von Tagesmüttern mit 48-stündiger Blitz-"Qualifikation" erfolgen.

Gleichzeitig wurde beispielsweise in NRW mit dem Kinderbetreuungsgesetz das Tor für die Privatisierung sprich Kommerzialisierung der frühkindlichen Erziehung geöffnet. Da können die Babys und Kleinkinder dann auch eine Elite Vorschulbildung absolvieren, wenn nur die Eltern tief genug in die Tasche greifen können.

Es häufen sich die Anzeichen dafür, dass auch für den öffentlichen Bildungssektor eine weitgehende Kommerzialisierung das Ziel ist. Die Masse durchläuft dann ein marodes Bildungssystem, während die, die es sich leisten können, ihre Kinder auf gut ausgestattete Privatschulen und -hochschulen schicken, wo zumindest die Bildungsbedingungen gut sind. Bildung wird nicht mehr als öffentliches, sondern als privates Gut, als Ware also gehandelt, wie es die Bertelsmann-Stiftung schon lange pseudowissenschaftlich als alternativlos propagiert nach dem Motto privat gleich besser, kostengünstiger und effizienter als staatlich.

Damit diese neoliberale Ausrichtung von der überwiegenden Mehrheit der Menschen als quasi-naturgesetzlich begriffen wird, müssen - flankiert durch die entsprechende, schon seit Jahren mainstreammäßig funktionierende Indoktrinierung durch die Medien im Bildungssystem Kritikfähigkeit, Denken in Alternativen, Bewusstsein für lokale und globale Verantwortung möglichst außen vor gehalten werden.

Zu große Klassen und Kurse mit zu wenigen Lehrkräften, die daher meistens auf allen Bildungsstufen nur Frontalunterricht erteilen können, führen dazu, dass die immer wieder propagierte individuelle Förderung kaum verwirklicht werden kann. Ein Anknüpfen an individuellen Interessen findet kaum statt, das Wecken von Neugier geschieht höchstens ansatzweise und die Freude am Entdecken der eigenen Fähigkeiten und am Lernen geht im Laufe der Schule weitgehend verloren.

Lehrkräften, die doch noch neues, an humanistisch-demokratischen Vorstellungen orientiertes Lernen zu praktizieren versuchen, werden massiv Steine in den Weg gelegt: Durch Unmengen von Tests, Vergleichsarbeiten in Klasse 4 und 6, Standardklausuren nach der Klasse 10, Zentralabitur, Bachelor - schon jetzt alles in den Ländern in Angriff genommen - wird Unterricht zur reinen Paukveranstaltung für zentral festgelegtes, weitgehend zusammenhangsfreies, abfragbares, bepunktbares Schmalpurwissen. Frau Schavan möchte dies auf Bundesebene so haben. Damit soll das erreicht werden, was der Gesamtschule unberechtigterweise immer vorgeworfen wurde: Vereinheitlichung, Entindividualisierung, Entwissenschaftlichung.

Dieser Entwicklung muss jetzt massiv entgegengetreten werden: Weniger um den „Standort Deutschland“ zu sichern oder „Deutschlands Schulen zu den weltbesten zu machen“ (CDU-Bildungsprogramm von Oktober 2008), sondern um allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten zu geben, ihre verschiedenen Fähigkeiten zu erfahren, zu entfalten, zu entwickeln und zwar auf allen Bereiche, den geistigen, musischen, körperlichen, emotionalen, sozialen. Damit könnte der „Standort Deutschland“ dahin entwickelt werden, dass alle dort lebenden Menschen sich der lokalen und globalen Verantwortung bewusst werden und danach handeln können. Eine solche Zielsetzung hat aber - allen Gipfeln zum Trotz - weder mit der Merkelschen Bildungsrepublik noch mit der Summe des realen Bildungsgeschehens in den Bundesländern auch nur das Geringste zu tun.

---

Der Kölner Attac-Arbeitskreis Bildung und Erziehung tagt an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Versammlungsraum der Alten Feuerwache, Melchiostraße (Nördliche Altstadt)